

Miteinander

N° 13

*Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,*

der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Manuel Ostermann, äußerte „Die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist der Linksextremismus. Und die größte Gefahr für Leib und Leben ist der Islamismus.“ Wie spiegelt sich diese Einschätzung von Ostermann in der Berichterstattung von ARD/ZDF wider, oder der hiesigen Tageszeitung? Passend zur Gefahr des Islamismus drucken wir die Einschätzung des Antisemitismusbeauftragten der jüdischen Gemeinde zu Berlin ab.

Wir freuen uns, die Bemühungen der Bürgerinitiative „**Nein Zum Windpark Dirmstein**“ unterstützen zu können. Diese sehr engagierte Bürgerinitiative kämpft mit hohem persönlichen Einsatz entschlossen gegen die geplante Industrialisierung unserer Landschaft durch gigantische Windenergieanlagen. Der Bericht „Faucis Tagebücher“ zeigt auf, dass die Corona-Aufarbeitung voran kommt, wenn auch (noch) nicht bei uns in Deutschland, sondern in den USA.

Wir vom Redaktionsteam von „Miteinander“ möchten auch mit der vorliegenden Ausgabe dazu beitragen, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich unabhängig zu informieren.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen und neue Erkenntnisse!

Ihr „Miteinander“-Redaktionsteam

TRAUERWACHE DEUTSCHLAND-BERICHT



Nachfolgend möchte ich meine ganz persönlichen Eindrücke vom Besuch der Trauerwache Deutschland am 19.09.26 in Ffm. schildern. Die Trauerwache Deutschland ist von Michael Kyrath, Vater der am 25. Januar 2023 von einem staatenlosen Palästinenser abgeschlachteten Ann-Marie Kyrath ins Leben gerufen worden. Der Mörder stach auf sie ein, ihr Freund Danny wollte ihr helfen und wurde mit einem Stich ins Herz getötet. Der Täter stach insgesamt 26 Mal auf Ann-Marie ein, ausschließlich in Hals und Gesicht. Bei der Trauerfeier wurde ihr verstümmeltes Gesicht von einem großen Hut bedeckt, damit die Familie von ihr Abschied nehmen konnte. Vier weitere Menschen verletzte der Angreifer schwer, bevor Fahrgäste ihn überwältigten und auf dem Bahnsteig in Brokstedt bewachen, bis Einsatz- und Rettungskräfte eintrafen. Eine Frau, die verletzt wurde, kann das Erlebte nicht verkraften und wird später Selbstmord begehen.

Ca. 1.200 Menschen trauerten auf dem Römer. Die Bilder von 250 Opfern migrantischer und islamistischer Gewalt seit 2015 wurden gezeigt. Die Eltern des in Trier von einem Afghanen erstochenen Marius Dick standen tief bewegt am Rande der Veranstaltung. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Manuel Ostermann, sowie die Journalistin Julia Ruhs sowie eine weitere Betroffene sprachen bewegende Worte.

Ein Fernsteam vom ARD war da. Sie hielten eine Veröffentlichung jedoch

THEMEN IN DIESER ZEITUNG

Antifa hinterlässt Spuren	S. 2	Richtigstellung	S. 5	Moschee Bau DÜW	S. 8
Meinungsfreiheit	S. 3	Leininger Land unterstützen	S. 6	Linkspartei für Juden unwählbar	S. 10
Faucis Tagebücher	S. 4	Straßen-Kampf DÜW	S. 7	Siesta-Kultur?	S. 12

nicht für notwendig. Ein ganz großer Dank an die Bildzeitung, Nius und Tichys Einblick für die umfassende Berichterstattung. Sonst herrschte im deutschen Blätterwald und beim von uns Bürgern mit jährlich 10 Mrd. Euro finanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehen das große Schweigen.

Am Ende formierte sich ein Trauerzug und zog durch die Frankfurter Innenstadt. Viele Menschen trugen Bilder der Opfer. Während des würdevollen Trauerzuges wurden nahezu alle Teilnehmer von zwei Antifa-Fotographen fotografiert und deren Bilder auf einer Webseite mit dem Hinweis veröffentlicht, dass sie Rassisten seien. Bei einem der beiden Täter handelt es sich um einen Stadtratskandidaten der Partei Die Linke.

Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten waren eingeladen. Ich stelle mir vor, der Kanzler wäre erschienen und hätte sinngemäß gesagt: „Mein Name ist Friedrich Merz, ich traure mit Ihnen allen. 2015, als die große Migrationskatastrophe ihren Anfang nahm, war ich nicht in der Politik. Heute trage ich Verantwortung, ich verspreche Ihnen aus tiefstem Herzen, alles in meiner Macht Stehende zu tun, dass die Menschen in Deutschland wieder in mehr Sicherheit leben können. Ich werde im Anschluss mit Ihnen allen im Trauerzug mitlaufen und das Bild eines Opfers tragen.“ Mehr hätte ich nicht erwartet, er hätte meinen Respekt gehabt, ich hätte ihm wie wahrscheinlich alle Teilnehmer dankbar applaudiert. Er kam nicht. Kein führender Politiker der Altparteien kam, kein einziger. Es kam kein Vertreter irgendeiner NGO, keine Omas gegen Rechts, kein Vertreter der Gewerkschaften, kein Vertreter der christlichen Kirchen. Kein Bürgermeister oder Abgeordneter der Stadt Frankfurt. 

Ulrich Martin, Bad Dürkheim

„Was passiert, wenn in der Sahara der Sozialismus eingeführt wird? Zehn Jahre überhaupt nichts, und dann wird der Sand knapp.“

Franz-Josef Strauß, Politiker

DIE ANTIFA HINTER- LÄSST ÜBERALL IHRE SPUREN. HABEN WIR UNS DARAN GEWÖHNT?



— MEINUNGSFREIHEIT - NICHT FÜR JEDEN. —

Wenn wieder einmal deutsche Politiker in die Ferne reisen, zum Beispiel nach China, haben sie oft einen Protest dabei, weil in dem Land Oppositionelle oder Menschen mit anderer Meinung als der Staatsmeinung, unterdrückt, gefangengenommen oder in anderer Weise ihrer Freiheit beraubt werden. Diese Proteste laufen meist ins Leere, aber man hat es wenigstens angesprochen, dass Unrecht geschieht.

Auf die Reise nach Brüssel mit dem entsprechenden Protest in der Tasche warten wir vergeblich. Sie werden sich fragen, was gibt es denn da vorzubringen? Denn das Thema wird in den Medien nicht aufgenommen. Ich rede von Oberst Jaques Baud, Schweizer Militäranalyst und langjähriger Mitarbeiter der UN und Nato.

Am 15. Dezember 2025 setzte der Rat der Europäischen Union ihn und 11 weitere Personen auf eine Sanktionsliste, die der Abwehr russischer „Informationsmanipulation und Einflussnahme“ dienen soll. Sein Vermögen ist eingefroren, jede Bereitstellung von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen ist verboten, er darf das EU-Gebiet weder betreten noch verlassen. Da Baud in Brüssel lebt, sitzt er dort faktisch fest.

Die Sanktionen wurden vom Rat der europäischen Union auf der Grundlage von Artikel 29 EUV verhängt. Schon im Oktober 2025 kam ein Rechtsgutachten der ehemaligen EuGH-Richterin Ninon Colneric und der Völkerrechtlerin Alina Miron (Universität d'Angers) zu dem Schluss, dass das gegenwärtige Regime insgesamt mit der EU-Grundrechtecharta und der EMRK unvereinbar sei.

Die Listung Bauds gründet auf dem Beschluss (GASP) 2024/2643 des Rates vom 8. Oktober 2024 sowie der zu seiner Umsetzung erlassenen Verordnung (EU) 2024/2642.

Die Sanktion wirkt unmittelbar mit Veröffentlichung im Amtsblatt. Wer mit Baud weiterhin Geschäfte macht oder einen Arbeits- oder Verlagsvertrag mit ihm schließt, riskiert eigene Straf- und Haftungsfolgen – nach deutschem Recht inzwischen verschärft durch das Sanktionsdurchsetzungsgesetz und das im Januar 2026 verabschiedete Gesetz zur Anpassung von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstößen gegen restriktive Maßnahmen.

Baud wird vorgeworfen, er sei „regelmäßig Gast in prorussischen Fernseh- und Radioprogrammen“, fungiere als „Sprachrohr für prorussische Propaganda“ und verbreite Verschwörungstheorien.

Mir geht es gar nicht um die Inhalte, sondern vielmehr um das Verfahren: Ohne die Möglichkeit, sich zu verteidigen, werden Menschen sanktioniert, weil sie in den Augen anderer Menschen etwas „falsches“ gesagt haben. Ist das rechtsstaatlich? In einem Rechtsstaat hat jeder Beschuldigte die Möglichkeit, seine Sichtweise vor einem (unabhängigen) Richter darzulegen, anschließend



erfolgt ein Freispruch oder ein Schuldspruch. Nicht hier. Das Sanktionsregime gegen einzelne Menschen als solches erscheint überdies als unvereinbar mit dem Gedanken der Meinungsfreiheit. Wann immer diese eingeschränkt wird oder Meinungen sanktioniert werden, ist die Freiheit nicht mehr gegeben.

Der EuGH betont in ständiger Rechtsprechung die für die demokratische Gesellschaftsordnung der Union fundamentale Bedeutung der Meinungsfreiheit: „Dieses in Art. 11 der Charta gewährleistete Grundrecht stellt eine der wesentlichen Grundlagen einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft dar, die zu den Werten gehört, auf die sich die Union nach Art. 2 EUV gründet.“ (EuGH, C 203/15 und C 698/15, 21.12.2016, Tele2 Sverige, Rn. 93).

Beim deutschen Staatsbürger Hüseyin Dogru ging man sogar so weit, der Großmutter seiner Kinder die Konten zu sperren, weil sie ja sonst ihre Enkel unterstützen könne.

Am meisten geschockt hat mich ein Bekannter, der mir erklärte, in Deutschland gelte uneingeschränkte Meinungsfreiheit. Aber das der Herr Baud nichts mehr sagen darf, findet er richtig.

Und wir brauchen gar nicht so weit zu gehen: In Bad Dürkheim stellte die SPD Fraktion im März 2024 den Antrag, Redner, die in der Salierhalle auftreten wollen, vorher zu durchleuchten und die Redemanuskripte zu prüfen, um dann zu entscheiden, ob der Redner auftreten darf oder nicht. Der Antrag wurde nicht angenommen, schlimm genug, dass er gestellt wurde. Ein solches Vorgehen ist ein glatter Verfassungsbruch.

Damit Sie nicht versehentlich einen Sanktionierten unterstützen: hier finden Sie die Liste:



Dr. Klara Schaaß

Die Quellenangaben (...) finden Sie unter:

**[www.miteinander-duew.de/
nr-13-oktober-2026-quellen](http://www.miteinander-duew.de/nr-13-oktober-2026-quellen)**

— FAUCIS TAGEBÜCHER —

Die im Juli 2026 vom republikanischen Senator Rand Paul veröffentlichten Tagebücher von Anthony Fauci, dem ehemaligen Cheffimmunologen der USA, umfassen mehr als 1.600 Seiten interner Notizen, E-Mails und persönlicher Einträge aus den Jahren 2001 bis 2021. Die Dokumente zeichnen ein Bild von internen Widersprüchen, bei dem Faucis private Aufzeichnungen oft im krassen Gegensatz zu seinen öffentlichen Aussagen während der Pandemie stehen. Zentrale Themen sind Zweifel am natürlichen Virusursprung, der eigene Einfluss auf Lockdown-Maßnahmen, Bedenken zur Impfwirkung und eine auffällige Fixierung auf den eigenen Ruhm.



Zum Ursprung des Virus

Ein der brisantesten Aspekte der Tagebücher betrifft die Herkunft von SARS-CoV-2. Während Fauci öffentlich die Labor-Theorie als Verschwörung abtat, zeigen seine privaten Notizen ein anderes Bild.

Bereits am 26. Januar 2020 notierte Fauci, dass die erste Infektion Anfang Dezember stattfand und „keine Verbindung zum Markt“ hatte. Er schrieb: „Jetzt wissen wir, dass der Markt nicht die Ursache war, sondern der Verstärker.“ Dies widerspricht der frühen offiziellen Narrative, die den Wuhaner Fischmarkt als eindeutigen Ursprungsort festlegte.

Besonders schwer wiegt ein Eintrag nach einer Telefonkonferenz am 31. Januar 2020 mit zwölf führenden Virologen. Fauci notierte, dass nur zwei der zwölf Wissenschaftler einen natürlichen Ursprung des Virus für plausibel hielten. Die Mehrheit hielt eine gezielte Einfügung oder einen Laborunfall für möglich. Fauci selbst hielt ein „Versehen“ bei der Einfügung genetischer Merkmale für wahrscheinlicher als eine natürliche Entstehung, obwohl er öffentlich das Gegenteil behauptete. Senator Paul kommentierte dies als „systematische Täuschung“.

Einfluss auf Lockdowns und Schulschließungen

Die Tagebücher belegen, dass Fauci einen maßgeblichen Einfluss auf die Verhängung von Lockdowns und

Schulschließungen hatte, was er später öffentlich oft bestritt oder herunterspielte.

Fauci schrieb detailliert auf, wie er den damaligen New Yorker Bürgermeister Bill de Blasio von der Notwendigkeit von Schulschließungen überzeugte. Er notierte stolz, de Blasio habe sich dabei explizit auf seine Empfehlung gestützt. Ebenso dokumentierte er Gespräche mit dem Stab des kalifornischen Gouverneurs Gavin Newsom, der aufgrund von Faucis Rat Schulen sowie Bars und Restaurants schloss.

Trotz dieser klaren Selbstzuschreibung erklärte Fauci in späteren Interviews, er habe mit Schulschließungen „nichts zu tun“ gehabt. Die Tagebücher entlarven diese Aussage als falsch und zeigen, dass er aktiv als Treiber der restriktiven Maßnahmen agierte.

Wirkung der Impfstoffe und interne Debatten

Ein Eintrag vom 13. August 2022 offenbart, dass die US-Gesundheitsspitze früh wusste, dass die Impfstoffe Infektionen und Übertragungen kaum verhinderten.

Die CDC wollte damals öffentlich erklären, die Impfstoffe wirkten diesbezüglich „null“. Fauci hielt diese Formulierung für zu absolut und fürchtete, eine ehrliche Kommunikation würde die juristische Verteidigung der Impfpflichten und die Vermarktung von Booster-Impfungen untergraben. Er notierte, dass eine klare Aussage die Grundlage für Zwangsmaßnahmen zerstören würde.

Bereits im Juni 2021 bezeichnete er die Wirkung der Impfung intern als „bescheiden“. Zudem diskutierten Fauci und Bill Gates laut den Aufzeichnungen bereits im April 2020 über die Vermarktung der kommenden Impfstoffe, was von Kritikern als Hinweis auf wirtschaftliche Interessen gewertet wird. Hinsichtlich der Impfung für Schwangere äußerte Fauci in SMS-Nachrichten im Januar 2021 theoretische Bedenken bezüglich Fehlgeburten, solange noch keine Daten vorlagen, während er öffentlich Entwarnung gab. Spätere Studien widerlegten diese theoretischen Bedenken jedoch.

Faucis Selbstbild und Medienbeziehungen

Ein großer Teil der Tagebücher widmet sich nicht der Pandemiebekämpfung, sondern Faucis eigener Berühmtheit.

Während Millionen Menschen unter den Folgen der Pandemie litten, führte Fauci akribisch Buch über seine Medienpräsenz. 641 Einträge tragen die Überschrift „PRESS“. Begriffe wie „Award“ (80 Mal), „Hero“ (49 Mal) oder „Bobblehead“ (23 Mal) tauchen häufig auf, während Themen wie „Lernverlust“ oder „psychische Gesundheit“ kein einziges Mal erwähnt werden.

Die Aufzeichnungen zeigen zudem eine enge Verflechtung mit den Medien. Journalisten wie Chuck Todd fungierten laut Fauci eher als PR-Berater denn als neutrale Beobachter. Er notierte genau, wie seine Aussagen die Börsenkurse beeinflussten, und beschwerte sich privat, wenn er kritisch behandelt wurde. Gleichzeitig dokumentierte er Treffen mit Prominenten wie Barbra Streisand und Julia Roberts.

Umgang mit Donald Trump

Die Beziehung zu dem damaligen Präsidenten Donald Trump beschreibt Fauci in seinen Notizen als äußerst schwierig.

Er bezeichnete Trump privat als „Idioten“, „völlig verrückt“ und „einen wirklich unausstehlichen Teenager“. Fauci beschrieb Treffen im Oval Office als „beunruhigend abschweifend“, da Trump sich ständig mit TV-Quoten oder unwissenschaftlichen Themen wie Hydroxychloroquin beschäftigte, während Fauci versuchte, ihn auf Kurs zu halten.

Trotz dieser privaten Verachtung notierte Fauci auch Momente, in denen Trump ihn lobte, und dokumentierte stolz, wie er den Präsidenten dazu brachte, die Pandemie ernster zu nehmen. Die Tagebücher zeigen den tiefen Graben zwischen der öffentlichen Loyalität und der privaten Geringschätzung.

Politische und juristische Konsequenzen

Die Veröffentlichung der Tagebücher hat eine neue Debatte über die Aufarbeitung der Corona-Politik ausgelöst.

Kritiker sehen in den Dokumenten den Beweis für einen „gigantischen Täuschungsapparat“ und fordern juristische Konsequenzen, da interne Erkenntnisse über die geringe Wirkung der Impfstoffe und die Unsicherheit beim Virusursprung der Öffentlichkeit vorenthalten wurden. Die Dokumente werden auch in Deutschland diskutiert, da hier die 2G-Regeln mit dem Fremdschutz durch Impfungen begründet wurden, den Fauci intern als kaum vorhanden einstufte.

Fauci selbst hat vor dem US-Senat die Aussage zu den

Tagebüchern und dem Virusursprung verweigert, was von den Republikanern als Schuldeingeständnis gewertet wird. Die Demokraten hingegen kritisieren die einseitige Veröffentlichung durch Rand Paul ohne Zustimmung des Ausschusses.

Eine Verurteilung von Anthony Fauci – etwa wegen „Contempt of Congress“ (Missachtung des Kongresses) – hätte auch für Deutschland spürbare Folgen.

Sein ehemaliger leitender Berater David Morens hat sich am 18. August 2026 vor einem US-Bundesgericht in Maryland zu einer Anklage wegen **Verschörung zum Betrug an den Vereinigten Staaten** (conspiracy to defraud the United States) schuldig bekannt. Ihm droht nun eine Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis sowie eine Geldstrafe. Das Urteil ist für den 12. November 2026 angesetzt.

Dieses Urteil wird die Debatte über eine Pandemie-Aufarbeitung und Vertrauen in Medien und Wissenschaft weiter beeinflussen. Die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung sowie die Frage nach dem Umgang mit politischer Verantwortung wären mit einer Verurteilung von Fauci nicht mehr zu ignorieren. 

Irmtraud Bärmann

Die Quellenangaben (...) finden Sie unter:

[www.miteinander-duew.de/
nr-13-oktober-2026-quellen](http://www.miteinander-duew.de/nr-13-oktober-2026-quellen)

RICHTIGSTELLUNG!

Nach Fertigstellung der Ausgabe # 12 des Miteinander haben sich neue Erkenntnisse zur berichteten Sexualstraftat in Koblenz ergeben.

Im Fall eines mutmaßlichen Sexualdelikts an einer Schule in Koblenz ist das Ermittlungsverfahren gegen einen 20-Jährigen eingestellt worden. Gegen ihn war Anfang Mai ein Haftbefehl erlassen worden, weil er unter Verdacht stand, an einer Elfjährigen sexuelle Handlungen vorgenommen zu haben. Wie die Staatsanwaltschaft Koblenz weiter mitteilte, wurden auch die Ermittlungen gegen einen 18 Jahre alten mutmaßlichen Mittäter eingestellt. Bei beiden Männern handelt es sich um Afghanen.

Laut den Angaben befindet sich der 20-Jährige wegen eines zweiten Falls aber weiter in Untersuchungshaft. Darin geht es laut der Ermittlungsbehörde um die mutmaßliche Vergewaltigung eines zwölf Jahre alten Mädchen Mitte April in Koblenz. Gegen den 20-Jährigen bestehe ein dringender Tatverdacht, hieß es. 

Redaktion

GEMEINSAM FÜR DAS LEININGER LAND: — JETZT BRAUCHT UNSERE HEIMAT IHRE — UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE KLAGE!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Unterstützerinnen und Unterstützer des Leininger Landes,

Seit Monaten stecken wir als Bürgerinitiative unzählige Stunden ehrenamtlicher Arbeit und eine erhebliche Summe an privatem Geld in den Schutz unserer Heimat, unserer Natur und unserer Lebensqualität. Wir kämpfen entschlossen gegen die geplante Industrialisierung unserer Landschaft durch gigantische Windenergieanlagen.

Der aktuelle Stand: Eilantrag abgelehnt - Das Hauptverfahren als echte Chance

Der von uns über unseren Fachanwalt eingereichte Eilantrag gegen die Baugenehmigung der SGD Süd für die 17 geplanten Windenergieanlagen (WEA) wurde vom OVG Koblenz leider abgelehnt. Wie von uns bereits befürchtet, hat sich das Gericht im Eilverfahren jedoch **nicht näher mit den von uns vorgelegten inhaltlichen Argumenten und Gutachten auseinandergesetzt**. Das Gericht verwies darauf, dass dies dem Hauptverfahren vorbehalten bleibt.

Genau hier liegt jetzt unsere Chance:

Anders als beim Eilantrag muss sich das Gericht im Hauptverfahren zwingend inhaltlich und detailliert mit unseren Einwänden befassen. Uns wird für dieses Hauptverfahren eine rechtliche **Erfolgschance von ca. 30 %** eingeräumt - eine substantielle Chance, soweit Gerichtsverhandlungen vor einem Urteilsspruch überhaupt bewertet werden können. Diese Chance wollen und dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen!

Warum wir Ihre finanzielle Hilfe brauchen

Die bisherigen rechtlichen Schritte und Gutachten haben bereits viel privates Geld gekostet. Das anstehende Klageverfahren kann unsere Bürgerinitiative finanziell alleine nicht mehr stemmen.

Um den Rechtsstreit vor Gericht durchfechten zu können, wird ein Betrag von **ca. 28.000 €** benötigt. Daher bitten wir Sie heute herzlich um Ihre finanzielle Unterstützung als Sponsor oder Spender zum Wohle von Mensch und Natur.

Wir haben dazu eine Spendenkampagne auf GoFundMe ins Leben gerufen.

Volle Transparenz & Fairness bei Ihrer Spende

- **Stichtag 15. November 2026:** Wir können den Klageweg nur beschreiten, wenn der benötigte Betrag von 35.000 € bis zum **15. November 2026** erreicht wird.
- **Garantierte Rückabwicklung:** Sollte die Zielsumme bis zu diesem Datum nicht zustande kommen, können wir nicht klagen. In diesem Fall erhalten **alle Spenderinnen und Spender ihr Geld zurück**

(abzüglich der regulären Transaktionsgebühren von GoFundMe in Höhe von 2,9 % + 0,25 € je Spende). Sie gehen somit kein finanzielles Risiko ein, wenn das Ziel verfehlt werden sollte.



Blick von Obersülzen über den Stahlberg auf den bereits bestehenden Windpark. **Genug ist genug!** Quelle: Privat.

Es geht um weit mehr als 17 Windkraftanlagen!

Die bisher offiziell im Raum stehende Zahl von 17 Anlagen zwischen Dirmstein und Obersülzen ist erst der Anfang. In Hintergrundgesprächen wird bereits von **10 weiteren Windenergieanlagen** in diesem Gebiet gesprochen. Darüber hinaus drohen weitere Windparks im Zellertal, in Monsheim, Groß- und Kleinniedesheim, Worms, Kirchheim sowie bei Deidesheim.

Wenn wir jetzt nicht gerichtlich Flagge zeigen und die Genehmigung juristisch überprüfen lassen, wird das gesamte Leininger Land schleichend mit gigantischen Windrädern zugestellt.

Herzlichen Dank für Ihre Hilfe!

Schon jetzt sagen wir ein großes Dankeschön an alle, die uns mit einer Spende, durch das Teilen dieses Aufrufs oder durch persönliches Engagement helfen. Lassen Sie uns gemeinsam für den Erhalt unserer Heimat und Natur eintreten!

Ihre Bürgerinitiative

„Nein Zum Windpark Dirmstein“ 

Spendenlink:
<https://gofund.me/f0d29b34a>



VOR DREI JAHREN: BÜRGERENTSCHEID — BEENDET DÜRKHEIMER „STRASSENKAMPF“ — UM KARL-RÄDER-ALLEE UND CO.

2022/23 gerieten drei verstorbene Bürger unserer Stadt – ein Dichter, ein Maler und ein Astronom –, die mit einem Straßennamen in Bad Dürkheim geehrt worden waren, ins Visier von Stadtrat und Bürgermeister. Man befand die Straßennamensgeber, die im Dritten Reich gelebt hatten, aus verschiedenen Gründen der Ehrung für unwürdig und beschloss nach kurzer Diskussion im Kulturausschuss eine Umbenennung der Straßen. Wohlgemerkt: Keinem der Straßennamensgeber waren Verbrechen nachgewiesen oder auch nur vorgeworfen worden, keiner war, soweit bekannt, Mitglied der NSDAP gewesen.

Denkwürdige Ereignisse nahmen ihren Lauf. Wir erlebten Grenzüberschreitungen der Stadt Bad Dürkheim im Namen der Moral, die man als grundsätzlich der Obrigkeit vertrauender Bürger nicht für möglich gehalten hätte: Unwissenschaftliche bis gehässige Gutachter vergriffen sich im Ton. Man beschuldigte den Astronomen Philipp Fauth einer NSDAP- und SS-Mitgliedschaft, ohne Belege dafür vorlegen zu können, – bis heute nicht. Auf eine Entschuldigung der Stadt für diesen Rufmord wartet die Familie, wartet der hochbetagte Enkelsohn des Astronomen bis heute. Wichtige städtische Mitarbeiter piffen auf ihre Neutralitätspflicht und belatschten es auf Facebook, als die Bürgerinitiative, die sich gegen die Umbenennung gebildet hatte, vulgär beleidigt wurde. Der Bürgermeister von der SPD witterte „revisionistische Töne“ im Diskurs und wollte Versuche erkannt haben, Nazi-Verbrechen zu relativieren und die Zeit des Nationalsozialismus kleinzureden, ein ungeheurer Vorwurf, den er aber nicht weiter belegte.

Auf Plakaten unterstellte die Stadt ihren Kritikern indirekt, außerhalb des demokratischen Spektrums zu stehen („Für ein demokratisches Bad Dürkheim – Gehen Sie wählen!“). Ein Mitglied des Kulturausschusses machte dem Heimatdichter Karl Räder zum Vorwurf, dass er seinem jüdischen Freund Ludwig Strauß in der sog. Reichskristallnacht nicht zu Hilfe gekommen war, als ein SA-Schlägertrupp in Zivil dessen Wohnung zerlegte. Das Stadtmuseum, dem mit dem Namen „Heimatismuseum“ offenbar auch der Willen zu einer liebevollen oder zumindest wohlmeinenden Darstellung der Heimatgeschichte abhandeln gekommen war, unterfütterte die städtische Kampagne mit einer prangerähnlichen Sonderausstellung.

Die Lokalzeitung begleitete die städtische Kampagne ungefähr so kritisch wie Radio Vatikan die Politik des Papstes. Eine große Tageszeitung aus der Region stellte die Frage, ob Bad Dürkheim ein „braunes Kaff“ geworden sei. Kurzum, wir erlebten in Bad Dürkheim das Foulspiel im Kleinen, das wir auch täglich im „Kampf gegen rechts“ in der großen Politik und in den Medien beobachten können.



Die Dürkheimer Vereine, die sich der Erinnerung an die (Wissenschafts)Geschichte verschrieben haben, duckten sich weg. Einzig der Historische Verein der Pfalz druckte in seinem Organ „Pfälzer Heimat“ einen langen wissenschaftlichen Artikel des Verfassers über Philipp Fauth mit einer umfassenden Richtigstellung.

Als der Stadtrat im Bürgerentscheid vom 24. September 2023 unterging – 5.794 Wählerinnen und Wähler machten sich auf den Weg zur Wahlurne und lehnten eine Umbenennung der Straßen mit 73,7 % Mehrheit ab – hätte ihm Demut, ja vielleicht Erschrecken über die eigene Bürgerferne gut zu Gesicht gestanden. Das Gegenteil war der Fall. Man ließ Zusatzschilder mit Kurzbiografien anbringen, um dem renitenten Volk Nachhilfe in den Fächern Geschichte und Moral zu erteilen. Den teilweise sehr diskutablen Vorwürfen wurde genauso viel Platz eingeräumt wie den Verdiensten. Wichtige Leistungen und Ehrungen der Straßennamensgeber wurden unterschlagen. Die Schilder hängen bis heute und wurden zum Bumerang für die Stadt, denn sie erinnern – mehr als alles andere – an den Jakobinergeist unserer Stadträte von 2023, die sich überdies auch noch als schlechte Verlierer erwiesen. 

Dr. Wolfgang Fallot-Burghardt

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Straßenzusatzschildern und den darauf gemachten Aussagen finden Sie in unserem Online-Interview mit Wolfgang Fallot-Burghardt von 2025. Wolfgang hat auch eine lesenswerte Chronik des Dürkheimer „Straßenkampfs“ von 2023 aus Sicht der Umbenennungsgegner geschrieben (alle Links auf unserer Website).

EIN THEMA - ZWEI MEINUNGEN: — DER MÖGLICHE BAU EINER WEITEREN — MOSCHEE IN BAD DÜRKHEIM

Die Ahmadiyya-Gemeinde plant den Bau einer Moschee im Bruch in Bad Dürkheim. Dagegen regt sich Widerstand. Unser Autor Frederik Seibring begründet nachfolgend seine Bedenken gegen den Bau der Moschee. Die Miteinander-Redaktion hätte an dieser Stelle gerne auch die Stellungnahme der Ahmadiyya-Gemeinde abgedruckt. Leider haben die Verantwortlichen von Ahmadiyya auf dieses Angebot trotz wiederholter Kontaktversuche nicht reagiert. Die Redaktion hat sich daher entschieden, aus Pressemitteilungen und sonstigen Verlautbarungen der Ahmadiyya-Gemeinschaft deren Haltung zu den häufig geäußerten Kritikpunkten darzulegen.

Kritisiert werden die Pläne für den Bau einer Moschee durch die Ahmadiyya-Gemeinde in Bad Dürkheim. Die Selbstbeschreibung der Gruppierung als „reformorientiert“, liberal und dialogbereit stelle ich grundlegend infrage und argumentiere, dass es sich um eine autoritär organisierte, orthodoxe und ultra-konservative Sekte handelt, deren Menschen- und Weltbild mit säkular-demokratischen Grundsätzen, Gleichberechtigung und individueller Religionsfreiheit unvereinbar sind.

Ich fordere, den Bau zu verhindern, um die Entstehung einer Parallelgesellschaft zu vermeiden. Die zentralen Kritikpunkte lauten:

- Die Ahmadiyya ist keine liberale Reformgemeinde, sondern autoritär, orthodox und ultra-konservativ organisiert; ihr Menschen- und Weltbild ist mit modernen aufklärerischen Ideen einer säkular-demokratischen Gesellschaft, der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der individuellen Religionsfreiheit nicht kompatibel.
- Laut Evangelischer Zentralstelle für Weltanschauungsfragen pflegen Ahmadis Exklusivität: Sie dürfen nur untereinander heiraten und sollen sich in bestimmten Situationen von Nicht-Ahmadis fernhalten. Die Bildung der Frauen wird zwar hochgehalten, verbindet sich jedoch mit einem strikt konservativ-islamischen Rollenverständnis (Unterordnung, Geschlechtertrennung, Züchtigungsrecht des Mannes, Polygamie als „Sicherheitsventil“). Zudem gibt es ausgeprägte interreligiöse Polemik und Ausfälle gegenüber Bibel, Christentum und anderen Religionen in den Schriften der Ahmadiyya.
- Der Fall der 2015 in Darmstadt von ihren Ahmadiyya-Eltern ermordeten 19-jährigen Lareeb Khan zeigt den tabuisierten Umgang mit Sexualität und Gewalt gegen Frauen. Der damalige Bundesvorsitzende der Ahmadiyya in Deutschland bestätigte, dass bei bekannt gewordenem außerehelichem Verkehr die Gemeinde aktiv werde und das Paar ausschließe.
- Der Kalif hat bindende Autorität über das Leben der Mitglieder; Strafen würden vom Kalifen in England bestimmt.
- 2017 legte die Ahmadiyya-Gemeinde in Düsseldorf frauenfeindliche Broschüren aus; der dortige SPD-Bürgermeister sprach von einem „reaktionären und fundamentalistischen Frauenbild“.
- Politikwissenschaftler Johannes Kandel (Friedrich-Ebert-Stiftung) kritisiert das ungeklärte Verhältnis von Religion und Politik auf Basis der Vorstellung eines weltweiten Kalifats sowie die betonte Geschlechterungleichheit (als „Gleichwertigkeit“ bezeichnet), die sich nicht von orthodoxen und fundamentalistischen Positionen im Islam unterscheide.
- Die Aussteigerin Naureen Ghauri (Pseudonym) berichtet, der Begriff „Reformgemeinde“ sei irreführend; stattdessen finde eine Rückkehr zum ursprünglichen, konservativen Islam statt. Religiöse Indoktrination und Geschlechtertrennung beginnen früh (ab sieben Jahren in den Jugendverbänden); Kinder werden zur Gottesfurcht, Gehorsam gegenüber dem Kalifen und dem absoluten Wahrheitsanspruch unterrichtet.
- Die Soziologin und Publizistin Necla Kelek sieht die Gemeinde als sehr fundamentalistisch: Koran und Sunna würden wortwörtlich als Allahs Gesetz genommen, die Welt in Gläubige und Ungläubige geteilt.
- Der Ahmadiyya-Theologe Iftekhar Ahmed kritisierte 2019 „sogenannte liberale Muslime“, die westlich-säkulare Moderne mit dem Islam in Einklang bringen wollten. Er bezeichnete das Menschenbild der Aufklärung als „ganz und gar reduziert und düster“.
- Mitglieder schwören dem Kalifen absolute Treue und Opferbereitschaft: Sie geloben, jedes mögliche Opfer zu bringen, damit „die Flagge des Islam in jeder Nation gehisst wird“, und sich bis zum letzten Atemzug für den Schutz und die Stärkung des Kalifats einzusetzen; die „Flagge des Propheten Mohammad solle höher gehisst werden als jede andere Flagge auf der Welt“. Ähnliche Treueschwüre und Opferbereitschaft gelten in den Jugendorganisationen.
- Lehrpläne und Vorgaben verlangen bereits bei kleinen Kindern „keusche Blicke“, vorbildliche islamische Kleidung und absolute Gehorsamkeit.
- Frauen erstatten dem Kalifen Bericht (z. B. über arrangierte Ehen); bei öffentlichen Veranstaltungen wie Grundsteinlegungen sind Frauen der Gemeinde oft nicht sichtbar.
- Die strikte Endogamie (Heiraten nur innerhalb der Gemeinschaft) und Geschlechtertrennung behindern echte Integration und sind mit Völkerverständigung unvereinbar.
- Die Erziehung zum absoluten Gehorsam gegenüber

dem Kalifen steht im Widerspruch zu einer aufgeklärten Erziehung zum mündigen, selbst urteilenden Bürger.

- Der Kalif Mirza Masroor Ahmad hat 2016 geäußert, der Verzehr von Schweinefleisch führe zu Homosexualität - eine doppelte Abwertung von Schweinefleisch-Essern und Homosexuellen.
- Entscheidungen über den Moscheebau erfolgen ohne ausreichende Beteiligung der Bürger und ohne kritische Auseinandersetzung mit der Glaubenslehre und den langfristigen Zielen der Gemeinschaft. 

Frederik Seibring



Nachfolgend stellen wir die aus Publikationen der Ahmadiyya entnommenen Gegenargumente zu den o.g. Kritikpunkten dar.
(Quelle: <https://ahmadiyya.de/>)

Zum Vorwurf eines rückgewandten Frauenbildes:

- Die Ahmadiyya betont, dass Mann und Frau **spirituell gleichwertig** seien. Unterschiede in den Rollen werden von ihr nicht als Rangordnung verstanden. Die Gemeinde beruft sich dabei ausdrücklich auf Koranstellen, nach denen Männer und Frauen jeweils nach ihren eigenen Verdiensten beurteilt werden.
- Ein durchaus ungewöhnlicher Punkt ist die **bereits 1922 gegründete Lajna Imaillah**, eine eigenständige Frauenorganisation innerhalb der Ahmadiyya. Ahmadiyya bezeichnet sie als unabhängig und selbstverwaltet.
- Die deutsche Ahmadiyya erklärt ausdrücklich, dass **Zwangsheirat und Unterdrückung der Frau mit ihrer religiösen Lehre unvereinbar** seien. Auch häusliche Gewalt wird von ihr abgelehnt.
- Die Gemeinde stellt sich ausdrücklich gegen Interpretationen, die Frauen auf den Haushalt beschränken. Sie argumentiert, dass manche frauenfeindlichen Vorstellungen eher aus **historischen bzw. kulturellen Interpretationen** als aus der eigentlichen islamischen Lehre stammen.
- Das ist für eine faire Betrachtung wichtig: Die Ahmadiyya versteht sich selbst gerade **nicht als Vertreterin eines patriarchalischen Islam**, sondern als reformorientierte islamische Gemeinschaft.

Zum Vorwurf, dass Mitglieder der Ahmadiyya nur untereinander heiraten dürfen:

- **Ahmadiyya-Mann + Nicht-Ahmadiyya-Frau:** Hier gibt es unter bestimmten Voraussetzungen Möglichkeiten für eine Ehe mit einer Nicht-Ahmadi-Muslimin bzw. einer Frau aus einer anderen monotheistischen Religion. Die konkrete religiöse Zulässigkeit hängt von der Konstellation ab.
- **Ahmadiyya-Frau + Nicht-Ahmadiyya-Mann:** Hier sind die Regeln **wesentlich strenger**. Die offizielle Ahmadiyya-Lehre sieht eine solche Ehe grundsätzlich nicht als zulässig an. Die offizielle Ahmadiyya-Seite behandelt diese Frage ausdrücklich und begründet die Position mit den islamischen Ehevorschriften.

Interessant ist außerdem: **Auch eine Ehe zwischen einem Ahmadiyya und einem anderen Muslim, der nicht der Ahmadiyya angehört, kann religiös problematisch sein.** Die Ahmadiyya betrachtet sich selbst als die rechtgeleitete islamische Gemeinschaft, während viele andere muslimische Gemeinschaften die Ahmadiyya nicht als muslimisch anerkennen.

Zur Kritik an der Haltung der Ahmadiyya gegenüber Homosexuellen:

Die offizielle Haltung der Ahmadiyya ist **klar konservativ**, aber sie unterscheidet zwischen der Person und homosexuellen Handlungen.

- **Homosexuelle Menschen sollen als Menschen respektiert werden.** Die Ahmadiyya betont ausdrücklich, dass Homosexuelle nicht diskriminiert, verfolgt oder angefeindet werden dürfen. Ihr Grundsatz „Liebe für alle, Hass für keinen“ gelte auch für Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung.
- **Homosexuelle Handlungen werden religiös als Sünde betrachtet.** Die Ahmadiyya leitet dies aus ihrer Koran- und Islaminterpretation ab.
- **Eine homosexuelle Partnerschaft bzw. gleichgeschlechtliche Ehe wird daher nicht als religiös zulässige Ehe anerkannt.** Das ergibt sich aus dem von der Gemeinde vertretenen Ehe- und Sexualitätsverständnis.
- Besonders interessant ist die Frage der **Mitgliedschaft:** Homosexuelle Menschen dürfen nach eigener Aussage ihre Moscheen besuchen und grundsätzlich als Ahmadi bezeichnet werden. Wer allerdings erklärt, weiterhin homosexuelle sexuelle Handlungen ausüben zu wollen, kann **nicht formell in die Gemeinde aufgenommen werden**.
- Die Gemeinde sagt gleichzeitig ausdrücklich, dass **keine Gewalt oder Zwang** gegen homosexuelle Menschen ausgeübt werden dürfe.

Grundsätzlich ist die Frage zu stellen, wie in einem Land, in dem Religionsfreiheit im Grundgesetz verankert ist, s. Artikel 4 GG, einer Glaubensgemeinschaft die Ausübung ihrer Religion verboten werden kann. 

DIE LINKSPARTEI IST FÜR JUDEN UNWÄHLBAR GEWORDEN!

Das Miteinander-Team bedankt sich bei der Jüdischen Allgemeinen Zeitung für die Genehmigung zum Abdruck der nachfolgenden Meinung des Antisemitismusbeauftragten der jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Jede Hoffnung, »Die Linke« könnte ein vernünftiger Partner werden, wurde enttäuscht. Die Partei unterstützt konsequent die Kräfte, die jüdisches Leben unmöglich machen wollen

von Sigmund A. Königsberg 21.06.2026, Der Autor ist Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Es dürfte wohl unbestritten sein, dass der »Islamogauchismus«, der für die politische Linke Frankreichs charakteristisch ist, inzwischen auch in Deutschland angekommen ist. Diese Koalition zwischen Islamisten und Linken, die sich immer mehr verfestigt, ist toxisch. Toxisch für Juden und genauso toxisch für das demokratische Miteinander.

Konnte man nach der Gründung des BSW von Sahra Wagenknecht noch denken, dass die meisten Judenfeinde, die in der Linken aktiv waren, sich diesem anschließen würden, sodass die Linkspartei ein vernünftiger Partner werden könnte, so wurden diese Hoffnungen bitter enttäuscht.

In den letzten zweieinhalb, drei Jahren hat die Linke – besonders in Berlin – konsequent die Kräfte unterstützt, die jüdisches Leben unmöglich machen wollen. Kann man vergessen, dass der Neuköllner Bezirksverband zusammen mit Terrorunterstützern feiert? Oder dass die Linksfraktion in der Neuköllner BVV es mehrfach ablehnte, gegen Antisemitismus zu stimmen? Und laut dem letzten Parteitagsbeschluss der Linken ist es nicht mehr zwangsläufig antisemitisch, Israel das Existenzrecht abzusprechen.



Die Positionierungen der Linken seit dem 7. Oktober 2023 haben diese Partei für die allermeisten Juden genauso unwählbar gemacht wie BSW und AfD.

Parteimitglieder, die gegen den Antisemitismus kämpfen, haben nur noch die Funktion eines Feigenblatts.

Auch die Ereignisse der letzten Wochen haben daran nichts geändert, im Gegenteil.

Ist es nicht übergriffig und paternalistisch, wenn die Berliner Linke ein Papier zu jüdischem Leben veröffentlicht, ohne zuvor mit der Jüdischen Gemeinde darüber gesprochen zu haben? Sie redet über Juden, aber nicht mit Juden. Zudem »überzeugt« dieses Papier vor allem durch seine Leerstellen und das Auslassen der wichtigsten Probleme und kann somit kein Vertrauen erwecken.

Der im Vorfeld dreier wichtiger Wahlen verabschiedete Beschluss richtet sich nicht so sehr an die jüdische Bevölkerung Deutschlands als vielmehr an die politische Konkurrenz, die man nach den Wahlen, insbesondere in Berlin, für Koalitionen gewinnen will. Er ist ein Persilschein, der den Antisemitismusvorwurf entkräften soll. Dass er nichts wert ist, hat die wiedergewählte Parteivorsitzende Ines Schwerdtner mit ihren Vorwürfen gegenüber Israel eindrucksvoll demonstriert.

Nur ist Papier sehr geduldig, und Politik wird nicht durch Papiere, sondern durch Akteure, insbesondere Funktionäre und Amtsträger, gestaltet – und manche von ihnen sind alles andere als vertrauenswürdig: vor allem die, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Menschen, denen vertraut werden konnte, weil sie tagtäglich gegen Judenhasse eintraten – zum Beispiel Klaus Lederer, Elke Breitenbach, Carsten Schatz, Sebastian Schlüsselburg, Andreas Büttner, Andrej Hermlin und andere – die Linken verlassen haben.

Ja, es gibt sie noch, die Linken, die zum Beispiel in der »BAG Shalom« gegen Antisemitismus angehen. Deren Engagement ist auch anzuerkennen. Dennoch bleibt das dumpfe Gefühl, dass diesen Aktivisten nicht mehr zugestanden wird als eine Spielwiese ohne echte Gestaltungsmöglichkeiten und sie somit, gewollt oder ungewollt, eine Feigenblattfunktion wahrnehmen.

In ihrem Meinungsbeitrag fragt Mascha Malburg, ob es klug sei, aus jüdischer Perspektive die Linken abzuschreiben. Soll man also »bonne mine au mauvais jeu« machen? Oder sollte man sich eher an Erich Kästner halten: »Was auch immer geschieht: Nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken!«

Das Miteinander-Team bedankt sich bei der Jüdischen Allgemeinen Zeitung für die Genehmigung zum Abdruck.

Meine Meinung

Der Autor dieser Zeilen möchte sein absolutes Unverständnis zum Ausdruck bringen, dass eine immer offener antisemitisch agierende Partei wie die Partei „Die Linke“ im Eigentum unserer Stadt stehende Räume nutzen darf. Die AWO am Dürkheimer Bahnhof stellt nämlich dieser Partei ihre Räumlichkeiten für deren Bürgerstammtische zur Verfügung, mutmaßlich für umsonst. Die AWO selbst zahlt für diese Räume seit Jahrzehnten keine Miete.

Im Juli dieses Jahres hat ein 20-jähriger Syrer einem 65-jährigen Deutschen in Bayern an einem Fußgängerübergang mehrfach gegen Kopf und Oberkörper getreten, dadurch erlitt dieser schwerste Rückgratverletzungen, mehrere Wirbel wurden gebrochen. Ob er bleibende Schäden mit sich tragen wird, ist noch offen. Der Grund: der 65-jährige trug eine Israelflagge am Revers.

Der mediale Widerhall dieses offenkundig mit Vernichtungswille vorgetragenen Tötungsversuchs war und ist sehr überschaubar. Das übliche Schweigen des Mainstreams, wenn das Opfer politisch nicht „passt“, man kennt das ja. Man stelle sich vor, ein AfD-naher junger Mann hätte das Gleiche getan und das Opfer wäre z.B. aus der Queer-Bewegung gewesen: die links-grüne Empörungsmaschinerie wäre sofort angesprungen, tagelang wäre darüber auf allen Kanälen berichtet worden, eine Talksendung nach der anderen hätte das thematisiert.

Die Partei Die Linke marschiert mit arabischen Judenhassern durch die Straßen, die ganz offen die Vernichtung Israels fordern, die „Yalla, Yalla Intifida“ skandieren, die den Tod der IDF fordern, der Streitkräfte Israels. Auf einer Wahlkampfveranstaltung Der Linken vor der Berlin-Wahl wurde von einem Rapper zum Hass auf Israel aufgerufen; Reaktionen der Verantwortlichen dort: Schweigen.

Im Parteiprogramm dieser Partei in Sachsen-Anhalt wurde evangelikales Christentum mit dem menschenverachtenden und antisemitischen Terror des islamistischen Dschihadismus gleichgesetzt.

AWO-Chef Uwe Chelius stört sich daran nicht, findet das offenkundig völlig in Ordnung, dass wir Bürger mit unseren Steuergeldern solch eine linksextremistische und in Teilen ganz offen antisemitische Partei finanzieren.

Es bleibt abzuwarten, wie die Stadtverwaltung, die über dieses Thema vom Autor informiert wurde, reagiert. Man stelle sich vor: es werden Stolpersteine verlegt, um die Erinnerung wachzuhalten, das Mahnmal für die ermordeten jüdischen Mitbürger wird aufgewertet und

gleichzeitig finanzieren wir mit unserem Steuergeld solche Israelhasser! Das kann man sich eigentlich nicht ausdenken!

Wir werden in der nächsten Ausgabe weiter darüber berichten. *Ulrich Martin*

„Der Sozialismus ist die Kunst, Neid in eine Tugend und Faulheit in ein Recht zu verwandeln.“

Friedrich August von Hayek, 1899 - 1992, Österreichischer Ökonom und Sozialphilosoph

Na, für 100 Seiten hat es wohl nicht gereicht?

Frechheit! Von einem 17 Euro-Buch lasse ich mir gar nix sagen.



Der Zeichner **Bernd Zeller**, dessen Karikaturen Sie in dieser Zeitung sehen, hat auch zwei Bücher herausgebracht, deren Lektüre wir empfehlen.

„Interessant: der neue Chef des Verfassungsschutzes RLP wird ein parteiloser Beamter; sein Vorgänger war von der SPD, dessen Chef, Innenminister Ebling, war von der SPD, und die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, Jutta Steinruck, war von der SPD bzw. SPD, dann parteilos, jetzt wieder SPD. War da nicht was in Ludwigshafen mit der OB-Wahl?“

— SIESTA-KULTUR? —

Der Sommer ist durch, nur die Debatte um den Hitzeschutz ist noch heiß!

Kommunen, die ernst machen mit Hitzeaktionsplänen, bieten zukünftig ihren Bewohnern mehr Schatten, kostenlose Wasserangebote, kühle Orte, Warnsysteme und vieles mehr.

Welche Stadt oder Kommune wird jedoch Vorreiter bei der Annäherung an die südländischen Siesta-Kultur? Bad Dürkheim? Mit solider Erfahrung bei Marketing und Durchführung rund um die lange (W)einkaufsnacht?

Vision Juni 2027: Die ersten heißen Tage fordern uns im Alltag. In den kühlen Morgenstunden der verpflichtende Beruf, in den heißen Nachmittagsstunden nur schnell in die schattige Wohnung und wenn es abends abkühlt, alles erledigen. Ach nein: 19Uhr und überall geschlossen! Aktivieren wir in unserer Fantasie einfach die Idee der 90iger Jahre mit dem ‚Langen Donnerstag‘. Oder besser Freitag? Ein Tag in der Woche ab 12 oder 13Uhr Siesta und nach 18Uhr geöffnet. Dann lockt der Einzelhandel Touristen und Einheimische vielleicht mit Rabatten, kulinarischen Aktionen, Beleuchtung oder gar einem ‚Roten Teppich‘ für die Kundschaft... . Behörden und Banken ziehen mit, vielleicht Ärzte.

Was für tolle Schlagzeilen spuckt die KI dazu aus?

- „Die große Pause: Wie Bad Dürkheim mit der Siesta-Kultur der Sommerhitze trotzt“
- „Modellversuch gegen Klimawandel: Bad Dürkheim führt im Juni/Juli/August donnerstags den geteilten Arbeitstag ein“
- „Wirtschaftsfaktor Mittagsschlaf: Warum Bad Dürkheim jetzt Donnerstag mittags die Läden schließt“
- „Hola, Bad Dürkheim! Diese deutsche Stadt macht jetzt offiziell donnerstags Siesta“
- „Vom Büro ins Bett: Bad Dürkheim führt donnerstags die Fünf-Stunden-Mittagspause ein“
- „Südländischer Rhythmus, deutsche Bürokratie: Kann die Siesta am Donnerstag in Bad Dürkheim funktionieren?“
- „Schlaf gut, Bad Dürkheim! Wie eine Stadt den Sommer verschläft - und davon profitiert“

- „Hitze-Wende im Rathaus: Bad Dürkheim macht blau zur Mittagszeit“

Hola, Bad Dürkheim! Warum wir jetzt alle mittags schlafen sollten

Der Klimawandel schlägt unbarmherzig zu, die Sommer werden heißer - und die Wissenschaft fordert es schon länger: Deutschland braucht die Siesta! Doch während die Bundespolitik noch über Paragraphen brütet, schlagen wir vor, dass wir hier in Bad Dürkheim einfach mal den Anfang machen. Stellen Sie sich vor: Punkt 12:30 Uhr klappt die Bürgermeisterin die Rathausakten zu, der Bäcker schließt die Ladentür und im ganzen Ort herrscht für fünf Stunden selige Ruhe. Nur sanftes Schnarchen mischt sich mit dem Summen der Bienen. Klingt traumhaft? Ist es auch - zumindest theoretisch. Praktisch müssten wir uns als harmoniesüchtige Gemeinschaft allerdings auf ein paar neue Realitäten einstellen.

Da wäre das Pendler-Dilemma: Wer in der Stadt arbeitet, schafft es unmöglich zum Powernap nach Hause. Die Folge? Übermüdete Pendler, die die Mittagsstunden im Stadtpark totschlagen und abends erst nach 23 Uhr heimkommen. Mobiles Arbeiten und Homeoffice könnten helfen. Gleichzeitig würde sich unser gesamtes Sozialleben nach hinten verschieben. Das Abendessen gäbe es erst um 22 Uhr, die Kinder würden bis Mitternacht auf dem Spielplatz herumtollen. Mediterranes Flair inklusive - allerdings mit kollektiven Augenringen am nächsten Morgen.

Und seien wir ehrlich: Die größte Hürde ist nicht die Müdigkeit, sondern unsere Bürokratie. Bevor wir den ersten legalen Mittagsschlaf halten dürfen, müssten wahrscheinlich drei Arbeitskreise tagen, eine „Ruhekissen-Verordnung“ erlassen und das Ganze vom Stadtrat absegnen lassen.

Trotzdem: Der Versuch wär's wert. Bis die offizielle Verordnung steht, fangen wir einfach im Kleinen an. Wenn Sie mich heute Mittag zwischen 13 und 18 Uhr suchen - ich bin im Dienst des Klimaschutzes. Auf dem Sofa.

iBuenas noches, Bad Dürkheim! Ein Kommentar von ChatGPT 

Ingrid Schulze

GANZ ZUM SCHLUSS

Unser Anliegen ist es, mit Ihnen - geschätzte Leserin und geschätzter Leser - in Kontakt zu kommen, mit dem Ziel, eine breite Diskussion anzuregen. Sie erreichen uns per E-Mail unter: reden@miteinander-duew.de. Wir freuen uns über Anregungen, Kritik, Angebote zur Mitarbeit oder Unterstützung. Besuchen Sie auch gerne unsere Website: miteinander-duew.de - auf unserem Blog finden Sie regelmäßig neue Beiträge und interessante Artikel! Die Zeitung ist privat finanziert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben immer die Meinung des Autors wieder, und es liegt in der Natur der Sache, dass nicht jeder die gleiche Meinung hat - das ist das Schöne an der Demokratie, dass man das auch sorglos sagen darf. Wir, das Team hinter Miteinander, schätzen Sie, unsere Leser, als erwachsene Menschen und wollen Ihnen unterschiedliche Blickwinkel bieten, damit Sie sich selbst eine Meinung bilden können.